

Islands Firmenchefs laufen Sturm gegen Euro-Aus

13.11.13

Die neue isländische Regierung hat die Beitrittsgespräche mit der EU beendet. Während die Bürger diesen Kurs unterstützen, sind die Firmen entsetzt. Sie fürchten einen Ausverkauf der Krone.



Die isländische Krone könnte unter dem Ende der Kapitalverkehrskontrollen leiden. Foto: picture alliance / ZB

Islands Unternehmenschefs wettern gegen die Entscheidung ihrer Regierung, Europa den Rücken zu kehren. Ihrer Einschätzung nach schadet diese Haltung den Handelsaussichten – denn am Ende bleibe dem Land nur eine Währung, die niemand haben will: die Krone.

Ein Beitritt zur Europäischen Union (EU) und die anschließende Einführung der Gemeinschaftswährung sei von entscheidender Bedeutung, wenn Island ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreichen wolle, sagt Jon Sigurdsson, Chef des des Prothesenherstellers Össur, dem größten börsengehandelten Unternehmen des Landes. Die seit 2008 eingeleiteten Krisenmaßnahmen gingen nach hinten los.

"Die neue Regierung ist aus den Beitrittsverhandlungen mit der EU ausgestiegen und hat dadurch den langfristigen Plan, den es gab, vom Tisch genommen, ohne ihn durch irgendetwas anderes zu ersetzen", kritisiert Sigurdsson. "Das Problem ist, dass niemand der Krone vertraut."

Islands Regierung hat die Wahlen im April mit dem Versprechen gewonnen, die Gespräche mit der EU zu beenden und den Haushalten ihre Hypothekenschulden zu erlassen. Die Abkehr von Brüssel stellte eine Wende in der isländischen Politik dar: Die vorherige Regierung hatte sich noch für die Einführung des Euro stark gemacht, sobald die seit 2008 bestehenden Krone-Kontrollen aufgehoben werden.



Machtwechsel
Island wählt Ex-Fußballer an die Macht

Unternehmenschefs sind kritisch

Umfragen zeigen, dass die meisten Isländer hinter dem Politikwechsel stehen. Doch die weniger überzeugten Unternehmenschefs melden sich nun zu Wort und fordern einen politischen Umdenkungsprozess.

"Island sollte seine Beitrittsgespräche abschließen", sagt Helgi S. Gunnarsson, Chef der Gebäudewirtschaftsfirma Reginn. "Die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen wird viel schwieriger sein als behauptet wird. Es wird schmerzhaft. Es wäre leichter, wenn uns die EU beistehen würde."

Die Kapitalverkehrskontrollen waren nach dem Zusammenbruch der drei größten Banken des Landes im Oktober 2008 eingeführt worden. Durch sie werden 7,2 Milliarden Dollar (5,4 Milliarden Euro) an Vermögenswerten blockiert, die nicht aus der 14 Milliarden Dollar schweren Wirtschaft abgezogen werden können.

Die Kapitalkontrollen, die der Internationale Währungsfonds abgesegnet hat, haben sich als kontrovers erwiesen. Reykjavik tut sich schwer, sie wieder abzuschaffen, ohne einen Ausverkauf der Krone auszulösen.

Für Unternehmen wie Össur stellen die Kontrollen einen Nachteil dar. Nach Aussage von Sigurdsson werden dadurch Investitionen in isländische Aktien beschränkt und Emissionen von Anleihen im Ausland unmöglich gemacht – selbst wenn das Tagesgeschäft von den Kontrollen ausgenommen ist.

Abhängig von Geld aus dem Ausland

Auch die Auszahlung von Aktienoptionen für ausländische Angestellte sei nicht möglich. Das Unternehmen sei daher abhängig von Finanzierungen durch seine Auslandstöchter und müsse die Zentralbank um Ausnahmegenehmigungen ersuchen.

"Solange die Kapitalverkehrskontrollen in Kraft sind, wird kein Banker, der bei Verstand ist, Geld nach Island schicken", sagt der Chef von Össur, das an der Börse auf eine Marktkapitalisierung von 96,6 Milliarden Kronen (580 Millionen Euro) kommt.

"Die dauerhafte Nutzung der Krone bedeutet, dass wir hinter andere Staaten zurückfallen und noch weniger wettbewerbsfähig sein werden", erklärt Sigurdsson. "Wenn wir mit unseren Nachbarländern gleichziehen wollen, was Lebensstandard und Wirtschaftswachstum angeht, muss Island ein Teil des internationalen Geschäftsumfelds werden." Das Ende der EU-Beitrittsgespräche sei daher eine "Hiobsbotschaft".

Ähnlich sieht das auch Gunnarsson. Seiner Einschätzung nach hat der Inselstaat eine bessere Chance, seine wirtschaftlichen Ambitionen umzusetzen, wenn er der EU und dem Euro beitrifft. "Wir können nicht ewig verschlossen in einer Kiste bleiben", sagt Gunnarsson.